

# Kohls Erbe ist des Euros Last

**Ashoka Mody** analysiert Konstruktionsfehler der europäischen Gemeinschaftswährung.

**A**m 28. November 1989 verkündete Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag seinen Zehn-Punkte-Plan für die Wiedervereinigung. Weder sein Außenminister Hans-Dietrich Genscher noch die europäischen Verbündeten hatten zuvor ein Anzeichen dafür, dass Kohl die ohnehin schon schwindelerregende Schnelligkeit, mit der die Geschichte damals voranschritt, noch steigern wollte.

Die Wiedervereinigung Deutschlands war geschichtlich vorbestimmt, und Kohl wird zu Recht als derjenige in Erinnerung bleiben, der dem Lauf der Dinge einen Schritt voraus war. So auch in Währungsfragen: Am 6. Februar 1990 – zu einer Zeit, als der damalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl und sein ostdeutsches Pendant Horst Kaminsky Journalisten noch mitteilten, dass es „zu früh sei, überhaupt daran zu denken“, eine Ostmark im Verhältnis 1:1 zur D-Mark zu tauschen – kündigte Kohl an, dass er genau dies vorhabe. Er tat dies im Hinblick auf die im Mai stattfindenden Wahlen. Dies half wenig, die Wanderung von Ost nach West einzudämmen, aber es bürdete Westdeutschland die Last der hochgradig unproduktiven Wirtschaft im Osten auf, was bis vor kurzem fast zu deren Lähmung führte.

Kohl versprach Ostdeutschland blühende Landschaften und den Westdeutschen machte er vor, ihnen würden keine Kosten entstehen. Er nutzte die Wiedervereinigung für seinen persönlichen Triumphzug.

Vom Gipfeltreffen der europäischen Führer in Straßburg im Dezember 1989 bis zum Gipfeltreffen in Brüssel im Mai 1998 bereitete Kohl in Deutschland dann weitgehend im Alleingang die Taufe des Euros in seiner jetzigen Form vor. Obwohl die Franzosen ihn unbarmherzig antrieben, hätte Kohl hier den Pausenknopf drücken können. Bundesbank und Finanzministerium rieten ständig zu einem langsameren Vorgehen. Aber Kohl wendete sich von seinen engsten Beratern ab. Zu deren Entsetzen stimmte er im Dezember 1991 in Maastricht einem festen Datum für die Einführung des Euros zu.

Nachdem der Euro nun ein *Fait accompli* war, arbeiteten die Berater von Kohl darauf hin, Italien nicht in die erste Gruppe von Mitgliedstaaten aufzunehmen. Kohl bestand jedoch darauf, und bis zur Entscheidung im Mai 1998 gelang es ihm, die Vernunft zur Seite zu schieben. Mit dem italienischen Beitritt wurden dann auch Spanien und Portugal zugelassen. Und diese Präzedenzfälle bewirkten, dass auch Griechenland zwei Jahre später als Mitglied der Euro-Zone beitreten durfte.

Heute befindet sich die Euro-Zone in einem nicht enden wollenden wirtschaftlichen Kampf, und Länder mit vollkommen unterschiedlichen wirtschaftlichen Trends stellen für die gemeinsame Währung eine Zerreißprobe dar. So fühlte sich Kohl jetzt veranlasst, in einem Buch sein Konzept von damals zu verteidigen. Es ist reine Ironie, dass er seinen Nachfolger Gerhard Schröder für den Beitritt Griechenlands zum Euro-Klub verantwortlich macht.

Es hat sich alles gelohnt, so Kohl, denn letztendlich war der Euro ein Projekt zur Sicherung des Friedens. Die Aufzeichnungen des Kanzleramts berichten am 12. Dezember 1989 über eine Unterredung, in deren Verlauf Kohl zum US-Außenminister James Baker sagt: „Der Euro ist nicht im Interesse Deutschlands, aber wir brauchen Freunde.“ Ein wiedervereinigtes Deutschland, so versicherte er, würde keine Freun-



de haben und dies könnte zu einem Risiko für den Frieden werden, wenn die Wiedervereinigung nicht an den Euro gekoppelt werde. In seinem Buch wiederholt Kohl sein Mantra: „Wegen des Euros wurde der europäische Einigungsprozess unumkehrbar, und wir haben einen entscheidenden Schritt hin zu einer dauerhaften Sicherung des Friedens und der Freiheit auf unserem Kontinent getan.“

Der Euro wird manchmal als ein Vorhaben der Eliten beschrieben. Aber diese Feststellung ist nicht ausreichend. Um den Euro durchzudrücken, umging Kohl das deutsche Volk, denn er wusste sehr wohl, dass die große Mehrheit an der D-Mark festhalten wollte. Er zermürbte seine wirtschaftlichen Berater mit der Drohung, sie zu ignorieren. Und er hielt seine Partei so fest im Griff, dass seine Autorität kaum infrage gestellt wurde. Wenn der demokratische Weg so gezielt umgangen wird, dann wird das Ziel, die Sicherung des Friedens, zu einer Chimäre. Eine Ballung von Macht birgt die Möglichkeit, viel Gutes zu tun.



Angesichts der Zerreißprobe, in der sich der Euro befindet, fühlte sich Kohl jetzt veranlasst, in einem Buch sein Konzept von damals zu verteidigen.

Aber mit ihr einher geht auch die Gefahr von schwerwiegenden Irrtümern.

Die durch den Euro bedingten wirtschaftlichen Fesseln führen zunehmend zu politischer Verstimmung. Die deutschen Bürger, die übergangen wurden, wollen nun gehört werden. Und ihre Stimme findet Gehör, wie an den jüngsten Wahlerfolgen der Partei Alternative für Deutschland abzulesen ist. Anderswo in Europa wird die wirtschaftliche Belastung von nationalen Eiferern ausgenutzt und setzt noch niedrigere Instinkte frei.

Auch die Steuerung des Euros legt Konflikte offen: Die Mitglieder des Rates der Europäischen Zentralbank nehmen nun offen nationale Positionen ein. Gräben tun sich auf.

Unterdessen führen die Regeln und Kontrollmechanismen, die Kohl als Eckpfeiler des Euro-Projektes etabliert hatte, zu den vorhersagbaren Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und seinen traditionellen Widersachern Frankreich und Italien fördert Gehässigkeit und Engstirnigkeit zutage. Der französische Finanzminister Michael Sapin warnt, die von führenden deutschen Politikern abgeschossenen Pfeile fachten in Frankreich den nationalen Populismus an. Und der Premier Manuel Valls fordert Respekt im Umgang mit Frankreich. Andere machen ihren Vorbehalt gegen Deutschland noch wütender Luft. Falls Deutschland mit dem Projekt Euro Freunde gewinnen wollte, dann erweist sich dies nun als Trugschluss.

Die Krise hält an, weil die Entscheidungen in der Euro-Zone von Aufschieben und halbherzigen Maßnahmen gekennzeichnet sind. Schlagkräftiges Handeln erfolgt erst, wenn der finanzielle Zusammenbruch droht. Und so werden immer neue Ver-

stimmungen und Konflikte programmiert.

Im Oktober 1982 sagte Kohl kurz nach seiner erstmaligen Wahl zum Bundeskanzler dem französischen Präsidenten François Mitterrand: „Geben Sie sich keinen Illusionen hin. Ich bin der letzte proeuropäische Kanzler.“ Und in seinen letzten Jahren als Kanzler widersetzte sich Kohl Aufforderungen zum Rückzug, weil er glaubte, der Euro werde ohne ihn nicht kommen.



Was von Kohls Erbe am meisten lähmend wirkt, ist sicherlich die hochtrabende Rhetorik, mit der er das Projekt der Einheitswährung anpries.

Nun leben wir mit dem Euro als Kohls Vermächtnis. Kohl stellte nicht nur sicher, dass Europa im Hinblick auf die Währung, also die Geldpolitik, in eine Zwangsjacke gesteckt wurde, sondern er verordnete auch eine Zwangsjacke für die Fiskalpolitik, also die Staatshaushalte, um Deutschland vor Torheiten zu schützen. Beobachtern – selbst Unterstützern – war bereits damals klar, dass die von Deutschland stark beeinflussten Haushaltsregeln für alle wirtschaftlich verfehlt waren und zu einer politischen Spaltung führen müssten.

Aber das, was von Kohls Erbe am meisten lähmend wirkt, ist sicherlich die hochtrabende Rhetorik, mit der er das Projekt der Einheitswährung anpries. Es hat nie eine Übereinstimmung zwischen dem wirklichen Euro und dem abgehobenen Pathos von Frieden und Einheit gegeben, die er beschwor. Europa hatte, beginnend mit dem Vertrag von Rom im Jahr 1957 bis hin zum Höhepunkt der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986, eine Grundlage für den Frieden geschaffen. Im Gegensatz dazu verursacht der Euro allein dank seiner Beschaffenheit Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten.

Kohls Pathos wischte diese inhärenten Konflikte absichtlich weg. Und da die europäischen Eliten – anfangs unwissentlich – diesen rhetorischen Idealvorstellungen erlagen, reden sie nun immer noch von „gemeinsamer Souveränität“ und „Flexibilität“ und bestehen darauf, dass die Aufrechterhaltung und Stärkung dieses fehlgeschlagenen Systems der einzig gangbare Weg voran ist.

Die größte Herausforderung der heutigen Zeit besteht darin, die Rhetorik von Kohl zu enttarnen. Es ist zu teuer, den Euro abzuschaffen. Es ist aber an der Zeit, die zentralen fiskalpolitischen Vorschriften aufzuheben und es jedem Land selbst zu überlassen, sich mit seinen Gläubigern auseinanderzusetzen. Wenn der derzeitige Kurs beibehalten wird, dann werden die Feindseligkeiten noch stärker – und die durch Schulden bedingten Ausfälle werden ohnehin eintreten. Bald könnte es zu spät sein, das Steuer herumzureißen.

**Der Autor lehrt Wirtschaftspolitik in Princeton.** Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)